



# monitor



»Herbstoffensive« der AfD am 31. Oktober in Berlin (c) apabiz

## Mit der Faschismuskeule gegen die Umvolkung

### Rechte Akteure setzen zunehmend auf den Vergleich mit dem Nationalsozialismus

In der sich seit etwa einem Jahr formierenden völkischen sozialen Bewegung wird ein zentraler Widerspruch immer deutlicher: Während auf der einen Seite der Nationalsozialismus zunehmend als Legitimationsideologie für das eigene politische Handeln herhalten muss, halten auf der anderen Seite immer mehr Begriffe aus dem Repertoire des Nationalsozialismus bzw. völkisch-nationalistischer Vordenker der Weimarer Republik Einzug in den extrem rechten Diskurs.

»Nazi raus« hallt es mittlerweile regelmäßig auf Berlins Straßen. Seit Anfang 2015 trifft sich jeden Montagabend das BÄRGIDA-Bündnis zur Kundgebung am Hauptbahnhof, um anschließend an verschiedenen Orten der Stadt zu demonstrieren. Immer wieder wird der Aufmarsch von Protestierenden begleitet und immer öfter ist zu beobachten, dass die Teilnehmenden von BÄRGIDA in die »Nazis raus-Rufe« einstimmen und ihrerseits die Gegendemonstrant\_innen als Nazis titulieren. Eine Besonderheit von BÄRGIDA? Mitnichten. Gleiches war auch bei der Demonstration der AfD zur »Herbstoffensive« am 7. November zu beobachten.

#### Merkel in der Wolfsschanze

Einer, der gerne mal den Nazi-Vergleich bemüht, ist JÜRGEN ELSÄSSER. Auf seiner Rede anlässlich der Vierten COMPACT-Konferenz am 24. Oktober

in Berlin erklärte er hinsichtlich der Politik Angela Merkels: »Und manches erinnert auf fatale Weise an die Anfangsjahre der Nazidiktatur, wobei sie ja, anders als der Adolf, nicht für Nationalsozialismus steht, sondern für Anti-Nationalsozialismus. Das heißt, die Reichtümer Deutschlands sollen an die Armen auf der ganzen Welt verschleudert werden. Aber die Haltung zu Recht und Gesetz und Grundgesetz oder Verfassung ist dieselbe wie damals.« Merkel sei, so Elsässer weiter, aufgrund des Versagens des »schwachen Liberalismus« wie »der Führer« zu einem autoritären Führungsstil übergegangen und habe richtungsweisende Entscheidungen allein getroffen, »als säße sie auf dem Obersalzberg, in der Wolfsschanze oder im Führerbunker«.

Auch bei BÄRGIDA wird die »Faschismuskeule« des öfteren geschwungen, etwa wenn Mitorganisator MARIO zwei Tage nach dem Angriff auf die Kom-

### Inhalt

- 1 Mit der Faschismuskeule gegen die Umvolkung  
Rechte Akteure setzen zunehmend auf den Vergleich mit dem Nationalsozialismus
- 4 Im Hamsterrad  
Der zweite Bundestags-Untersuchungsausschuss zum NSU hat sich konstituiert
- 6 »Einsamer Wolf« oder »Einzeltäter«?  
Rezension
- 7 Kurzmeldungen
- 8 Neu im Archiv

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de  
www.apabiz.de

iban: DE30 1002 0500 0003 3208 00  
bic: BFSWDE33BER  
bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt. mehr infos dazu gibt es auf der rückseite.

monitor - rundbrief des apabiz e.v. | v.i.s.d.p.: apabiz e.v., c. schulze, lausitzer str. 10, 10999 berlin | dank an unsere fördermitglieder, die mit ihrem beitrag die finanzierung unterstützen | erscheinungsweise: alle zwei monate fotos: alle rechte liegen bei den fotograf\_innen



1  
Rede bei BÄRGIDA am 19.  
Oktober 2015

2  
Für die  
Charakterisierung  
einer sozialen  
Bewegung sind in der  
Bewegungsforschung  
vier Merkmale  
zentral: 1. Das Ziel,  
die Gesellschaft zu  
ändern und einen  
gesellschaftlichen  
Wandel aufzuhalten,  
2. Protest als Medium  
(Demonstrationen,  
Blockaden,  
Kundgebungen usw.),  
3. Netzwerkcharakter  
(Vielzahl von Akteuren  
mit einer stabilen  
organisatorischen  
Kernen, 4. Kollektive  
Identität (Lieder,  
Symbole, Fahnen usw.)

3  
»Der Große Austausch«  
ist eine rassistische  
Kampagne der  
IDENTITÄREN BEWEGUNG  
gegen eine vermeintlich  
»von oben« gesteuerte  
Einwanderung.

4  
Artikel 20 Absatz vier  
des Grundgesetzes  
bezieht sich auf ein  
Widerstandsrecht im  
Falle einer bedrohlichen  
Situation für die  
verfassungsgemäße  
Ordnung Deutschlands.  
Zitat: Rede auf der  
BÄRGIDA-Kundgebung  
in Berlin-Marzahn vom  
02.11.2015.

5  
Compact-Magazin,  
Ausgabe 10/2015, S. 3.

6  
Die Ergebnisse der  
Umfrage verdeutlichen,  
dass nicht alle Facetten  
der »Demokratiekritik«  
mit Ungleichwertig-  
keitsideologien  
einhergehen. Vgl.  
Andreas Zick, Anna  
Klein:  
Fragile Mitte.  
Feindselige Zustände.  
Rechtsextreme  
Einstellungen in  
Deutschland 2014,  
Bonn 2014.

munalpolitikerin Henriette Reker in Köln fabuliert: »Ganz vorne dabei übrigens ein gewisser Heiko Maas. Über den habe ich in Facebook letztens gelesen, der Goebbels war ein Waisenknabe gegen diesen Hassprediger. Naja, gewisse körperliche Ähnlichkeiten kann ich mit gutem Gewissen nicht abstreiten. Kein Wunder, dass diese intellektuell halbe Portion die Meinungsfreiheit abschaffen möchte. Niemand, der bei ihrer Einschränkung der Meinungsfreiheit mitmacht, kann sich vor der Verantwortung freimachen, für die Taten, die diese Hetze inspiriert. Sie Herr Maas sind der wahre Hassprediger, Sie sind ein Brandstifter, Sie sind ein Volksverhetzer. Aber wenn ich heutzutage das Wort Politiker höre, geht mir inzwischen das Messer in der Tasche auf.«<sup>1</sup>

In der Politik- und Geschichtswissenschaft ist bereits seit Jahren von einer Universalisierung des Holocaust die Rede. Nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten westlichen Moderne hat sich die Shoa zu einem negativem Gründungsmythos entwickelt, sie gilt als moralischer Imperativ schlechthin. Die Forderung nach einem Schlussstrich unter die Geschichte des Nationalsozialismus ist mittlerweile nur noch von wenigen politischen Hardlinern zu hören, die NS-Geschichte ist inzwischen aus dem deutschen Selbstbewusstsein nicht mehr wegzu-denken. In der Debatte prägend war die Aussage des ehemaligen Außenministers Joschka Fischer, mit der 1999 der Einsatz der NATO-Truppen im damaligen Jugoslawien legitimiert werden sollte (»Nicht trotz, sondern wegen Auschwitz«). Mit dem Verweis, ein neues Auschwitz verhindern zu wollen, wurde Auschwitz zur Legitimationsideologie für politisches Handeln in der Gegenwart, auch für die extreme Rechte.

### »Wir klagen diese Verbrecher wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit an«

Bei all diesen Vergleichen der aktuellen Politik mit der späten Weimarer Republik oder der Zeit des Nationalsozialismus wundert es nicht, dass auch der Begriff des Widerstandes im rechten Diskurs Konjunktur hat. In der rechten sozialen Bewegung<sup>2</sup>, die sich

seit mittlerweile rund einem Jahr formiert hat wird auf die Notwendigkeit eines Streiks verwiesen, als letzte Möglichkeit, dem »großen Austausch«<sup>3</sup> (IDENTITÄRE BEWEGUNG) Einhalt zu gebieten. Das rechte Rechtsverständnis geht jedoch noch darüber hinaus, etwa wenn BÄRGIDA-Mitorganisator MARIO ein »Nürnberg 2.0« einfordert: »Die Deutschlandverräter wollen so schnell wie möglich unumkehrbare Fakten schaffen. Sie wollen mit Hilfe finanzieller globaler Verpflichtungen, siehe EU-Rettungsschirme, mit Hilfe illegaler Massenimmigration, einer Migrationswaffe übrigens, mit Hilfe der Destabilisierung demokratischer Verhältnisse bis zum Bürgerkrieg, das deutsche Volk und die deutsche Nation abschaffen. Sie begehen Verbrechen nach dem deutschen Völkerstrafgesetzbuch. Wir klagen daher diese Verbrecher der Beihilfe zum Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach § 6 und 7 des deutschen Völkerstrafgesetzbuches an und verlangen die sofortige Verhaftung dieser Marionetten der neuen Weltordnung und die Überstellung an einen internationalen Strafgerichtshof.«<sup>4</sup> Die Besetzung der Anklagebank ist dabei, wenn auch etwas veraltet, im Internet nachzulesen: Auf der Homepage NÜRNBERG 2.0 sammelt ein selbst ernanntes NETZWERK DEMOKRATISCHER WIDERSTAND Steckbriefe von ausgemachten »Volksfeinden«. Auch der bereits zitierte JÜRGEN ELSÄSSER ruft im COMPACT-MAGAZIN zum Widerstand auf: »Natürlich wird unsere Vasallen-Regierung, die im Dienste der amerikanischen Globalisten steht, keinen Schritt in diese Richtung gehen. Deshalb muss sie gestürzt werden. Handhabe dazu gibt das Grundgesetz in Artikel 20,4: »Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.« Gilt das nicht erst recht, wenn nicht nur die Demokratie, sondern sogar das Volk beseitigt und durch ein anderes ersetzt werden soll?«<sup>5</sup>

Die Fokussierung rechter Akteure auf politische Eliten schlägt dabei in eine Kerbe, die vielversprechend scheint. Seit Jahren werden politische Entwicklungen diskutiert, die gemein-hin als Postdemokratie bezeichnet

werden. Als eines der zentralen Merkmale gilt das Misstrauen gegenüber »der Politik«, die die Interessen der Bevölkerung vernachlässige. Dies findet auch Niederschlag in der Einstellungsforschung, wo hohe Zustimmungswerte (~75% der Befragten) zu den verschiedenen Facetten von Demokratiekritik gemessen werden.<sup>6</sup> Während die Linke auf diese Frage bisher keine Antworten gefunden hat, scheint es rechten Akteuren mittlerweile zunehmend zu gelingen, mit dem »Anti-Establishment-Ticket« in Verbindung mit völkisch-nationalistischen Forderungen zu überzeugen.

### Vorbürgerkrieg und die »neue deutsche Hitlerjugend«

Die Diskreditierung von Antifaschist\_innen als die »Rote SA«, »neue deutsche Hitlerjugend« oder »rot lackierte Faschisten« wurde bereits zu Beginn der 1930er Jahre von Seiten der Sozialdemokratie zur Diffamierung von Kommunisten verwendet. Auch heute sind die Begriffe im Zuge der Extremismustheorie en vogue. Erinnert sei an den ehemaligen Berliner Innen-senator Körting, der 2009 aufgrund linker Gewalt von »rotlackierten Faschisten« sprach. In der extremen Rechten wird der politische Gegner vielfach als Handlanger der politischen Elite gesehen, um einer Destabilisierung Vorschub zu leisten. In dieser Situation des »Vorbürgerkrieges« müssten Vorbereitungen getroffen werden. So fordert BÄRGIDA-Mitorganisator MARIO am 27. Juli: »Aber Freunde, ganz sicher wird es bis dahin ziemlich blutig. Ich empfehle daher dringend, Leute, vernetzt euch! Bildet jetzt schon Nachbarschaftsgemeinschaften, Stammtische, kleinere Gruppen, die sich im Ernstfall gegenseitig helfen können. (...) Genug Terroristen hat der IS, Boko Haram, Al Quaida usw. in ganz Europa ja schon eingeschleust. (...) Bitte organisiert euch und plant im Notfall jetzt schon die Verteidigung unserer Heimat. Es ist eine Minute vor zwölf.« THORSTEN WEISS von der JUNGEN ALTERNATIVE BERLIN (JA) sprach auf einer Kundgebung der AfD am 31. Oktober 2015 in Berlin von einer »Vernichtung unserer Heimat«: »Wir sehen mit wachen Augen, dass diese, unsere Heimat, von einer realitätsfremden, volks-



"Herbstoffensive"  
der AfD in Berlin  
am 7. November  
2015 (c) apabiz

feindlichen und überheblichen Politikerkaste mit Vollgas gegen die Wand gefahren wird. Diese Vernichtung ist von uns nicht gewollt. Wir lehnen sie ab und wir werden uns mit aller Macht gegen sie zur Wehr setzen. (...) Im Namen der Jugend fordere ich deshalb: Schützt unsere Zukunft. Rettet unsere Heimat.«

Diese Untergangsszenarien gehen auf eine lange Tradition des apokalyptischen Denkens der Neuen Rechten zurück, auf die sogenannte »Konservative Revolution« der Weimarer Republik. Dieser höchst umstrittene Begriff umfasst jedoch weder eine einheitliche politische Strömung noch eine kohärente Ideologie, sondern dient bis heute vielmehr als Selbstbezeichnung, die für die ideologischen Nachfolger innerhalb der Neuen Rechten die Funktion innehat, eine geistige Eigenständigkeit und damit Trennung der Ideen der Konservativen Revolution von der NS-Ideologie zu behaupten. Das apokalyptische Denken ist jedoch in allen ideologischen Strömungen der extremen Rechten präsent und kann daher als bindendes Element angesehen werden. Ein Beispiel dafür ist die von GÖTZ KUBITSCHKEK (SEZESSION) geprägte Formel des »Vorbürgerkrieges«. Der Begriff imaginiert einen für das »deutsche Volk« durch die Zuwanderungspolitik bedrohlichen Zustand, der letzt-

endlich irgendwann in einen Bürgerkrieg führen werde, insofern nichts dagegen unternommen wird.<sup>7</sup>

#### Die völkische Bewegung beim Wort nehmen

Dass auch zentrale Figuren der AfD nicht vor einer Verwendung völkisch-nationalistischer Begriffe zurückschrecken, bewies jüngst ALEXANDER GAULAND. Anlässlich einer linken Kundgebung in Frankfurt/Oder echauffierte er sich über ein Transparent mit der Aufschrift »We love Volkstod« und konstatierte, dass die Linkspartei nun »die von ihr schon lange herbeigesehnte 'Umvolkung' Deutschlands« eingeleitet habe. Der Begriff »Umvolkung« stammt aus der Rhetorik der sogenannten »Deutschtumsverbände« aus der Zeit der Weimarer Republik. Mit der Besetzung Polens 1939 stand »Umvolkung« u.a. für die »(Wieder-)eindeutschung geeigneter Personen«. Nach 1945 zunächst weitgehend in Vergessenheit geraten wurde der Begriff schließlich u.a. durch den FPÖ-Politiker ANDREAS MÖLZER erneut populär.<sup>8</sup> Im Gegensatz zu anderen Begrifflichkeiten verknüpft der Begriff »Umvolkung« den extrem rechten Diskurs gegen Einwanderung mit einer dezidierten Anti-Establishment-Rhetorik. So hieß es 2009 in einem Artikel der neurechten Zeitschrift BLAUE NARZISSE: »Dem Begriff 'Überfremdung' wohnt ein eher passi-

ves Hinnehmen der Landnahme fremder Völker inne. Hingegen betont das Wort 'Umvolkung' die aktive Komplizenschaft der politischen Eliten am Prozess der Überfremdung.«<sup>9</sup>

Sicherlich ist die Verwendung von Begrifflichkeiten aus der Tradition rechten Denkens ebenso wenig neu wie die Opferrhetorik extrem rechter Akteure, die sich durch »Sprachdiktatur« und »Meinungsverbote« unterdrückt sehen. Neu ist jedoch die Massivität, mit der diese Rhetorik nun auch auf der Straße zu hören ist und die Legitimation für eigenes Handeln schaffen soll, sowie das breite Bündnis rechter Akteure, die trotz aller Abgrenzungsbemühungen (etwa von der AfD gegenüber der NPD) nicht über die offensichtlichen politischen Gemeinsamkeiten hinwegtäuschen können. Diese werden nicht zuletzt über die gemeinsamen Denkfiguren deutlich. In der Analyse der rechten Bewegung, die eine plumpe NS-Affirmation schon lange meidet, ist eine genaue Betrachtung der Wortwahl und Denkfiguren für die Auseinandersetzung zentral.

Vera Henßler

<sup>7</sup> Zur Genese des Begriffes »Vorbürgerkrieg« vgl. Kellershohn, Helmut: Vorbürgerkrieg, in: Bente Gießelmann, Robin Heun, Benjamin Kerst, Lenard Suermann, Fabian Virchow (Hrsg.), Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, Schwalbach 2016, S.326-340.

<sup>8</sup> Vgl. Kellershohn, Helmut: Umvolkung, in: Bente Gießelmann, Robin Heun, Benjamin Kerst, Lenard Suermann, Fabian Virchow (Hrsg.), Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, Schwalbach 2016, S.282-298.

<sup>9</sup> Zitiert nach ebd.



Auf ein Neues! Sitzung des Ersten Bundestags-Untersuchungsausschusses (c) Theo Schneider

## Im Hamsterrad

### Der zweite Bundestags-Untersuchungsausschuss zum NSU hat sich konstituiert

**Der Bundestag hat am 11.11.2015 einen neuen Untersuchungsausschuss zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) eingesetzt. Auch wenn dies grundsätzlich zu begrüßen ist: solange die zentralen Fragen rund um den NSU weiterhin ungeklärt sind, überwiegt bei uns doch die Skepsis, ob ein neuer Ausschuss tatsächlich etwas bewirken kann. Oder ob am Ende wieder die Geheimdienste gestärkt daraus hervorgehen.**

Der erste Untersuchungsausschuss (UA) in den Jahren 2012/2013 vergab zwei wichtige historische Chancen. Er listete zwar detailliert die Erkenntnisse aus den Akten auf, doch setzte er das Bild nicht zusammen und nannte das Problem nicht beim Namen: Institutioneller Rassismus. Zum anderen schaffte er es nicht, die Behörden zur Kooperation bei der Aufklärung zu zwingen und das System der Geheimdienste zu demontieren.

#### Leerstelle institutioneller Rassismus

Dabei arbeitete der Ausschuss sehr akribisch, 1.400 Seiten umfasst der Abschlussbericht und das nicht einmal zwei Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU. Aufgelistet wurden zahlreiche Beispiele aus dem NSU-Komplex, die zeigen, dass die

Opfer selbst, ihre Angehörigen und Freundeskreise beschämend, diskriminierend und kriminalisierend behandelt wurden und das nicht nur von den Ermittler\_innen selbst, sondern von den unterschiedlichsten Mitarbeiter\_innen der zahlreichen involvierten Behörden und Ämter. Der Staat hat als System bewiesen, dass seine sogenannten Sicherheitsbehörden in einer rassistischen Logik arbeiten, die nicht nur den Schutz von nicht-weißen Bürgern als zweitrangig sieht, sondern auch allzu schnell eine Täter-Opfer-Umkehr vollzieht und die Opfer kriminalisiert – bis hin zur Zerstörung ihrer sozialen und ökonomischen Existenz. Deutlich wurde dabei ebenso, warum die Anschläge und Morde des NSU in der Logik der Behörden nicht als Terrorismus verstanden wurden. Rassismus war nie Teil der Analyse und so

stellte in dieser Logik die rassistisch motivierte Mordserie auch keine Gefahr für den Staat dar. Keine\_r der Beamt\_innen hat für sein oder ihr menschlich unverantwortliches Handeln strafrechtliche oder Karriere-Konsequenzen erlebt, obwohl sie nicht nur versagt, sondern vielen Menschen Schaden zugefügt haben. Gerade durch die Leerstelle der Analyse von Institutionellem Rassismus ist deutlich geworden, dass der Untersuchungsausschuss letztendlich dabei hilft, ein System zu perfektionieren, welches eigentlich nur abgeschafft gehört, da es grundlegender Teil des Problems ist. Auch im Auftrag des neuen Ausschusses zeigt sich dies.

Die Fragestellung des neuen Untersuchungsausschusses und das gängige Narrativ machen deutlich:



Die Erzählung von mangelnder Vernetzung und Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Behörden hat sich durchgesetzt.

Statt grundsätzlich über den Fehler eines unkontrollierbaren Geheimdienstsystems zu sprechen, gehen die Dienste heute gestärkt aus ihrem systematischen Versagen hervor: eine bessere Vernetzung der Behörden, gesetzliche Straffreiheit für V-Leute, die Stärkung der Generalbundesanwaltschaft und vor allem des Bundesamtes für Verfassungsschutz, das sich in diesem Jahr über knapp 500 zusätzliche Stellen und mehr als 30 Millionen Euro Budgetzuwachs freuen kann.

### Neue Untersuchungsansätze?

Viel Zeit hat der Ausschuss nicht, knapp eineinhalb Jahre bleiben bis zur nächsten Bundestagswahl. Warum die Arbeit nicht bereits zwei Jahre früher begonnen wurde, ist nicht nachvollziehbar. Der neue Untersuchungsausschuss setzt sich hohe Ziele: Offene Fragen sollen geklärt werden, was an sich sinnvoll ist – hier mit Schwerpunkt auf die Ereignisse am 4.11.2011 in Eisenach und Zwickau, aber auch Kassel und Heilbronn. Sicherlich ist es richtig zu fragen, was hinter dem Mord in Heilbronn steckt – jener Schlüsseltat, wo der NSU seinen Modus Operandi änderte. Doch schon jetzt zeigt sich die Gefahr, dass sich der Ausschuss an den Fragen abarbeitet, die bereits in den Ländern teils akribisch thematisiert werden. Weiterer Auftrag: Das Gesamtbild zum Umfeld und den Unterstützer\_innen solle geschärft werden – Schwerpunkte sind die Verbindungen in die sogenannte Organisierte Kriminalität sowie internationale Kontakte. In der Tat sind die internationalen Kontakte komplett unterbelichtet, doch wieviel wird man vom BND erfahren? Und Nazis und Organisierte Kriminalität stehen und standen schon immer in Wechselwirkung zueinander, Verbindungen und Schnittmengen sind nichts Neues und sollten zur normalen Analyse der organisierten extremen Rechten gehören, wie dies bei Antifaschist\_innen längst der Fall ist. Und erneut kommen das V-Leute-System

und die Arbeit der Geheimdienste auf die Tagesordnung, inklusive der Aktenvernichtungen. Dieser erneute Untersuchungsauftrag ist überaus sinnvoll, wenngleich vor dem Hintergrund der Erfahrung von »4 Jahren Aufklärung« naiv-optimistisch.

Bis heute ist bei weitem nicht bekannt, welche und wieviele V-Leute sich – über das bislang bekannte Dutzend hinaus – noch im Umfeld und Helfer\_innen-Kreis des NSU bewegt haben. Dabei ist aus antifaschistischer Perspektive, die die 1990er Jahre miteinbezieht, klar: die Geheimdienste müssen im Nachhinein als Teil der virulenten, militanten Nazi-Szene analysiert werden, nicht als Teil der Aufklärung oder der Verhinderung von Straftaten. Ein neuer Ausschuss wird dazu beitragen, dass wir zukünftig mehr über den einen oder die andere heute noch unbekannt V-Person wissen werden. Er wird der Öffentlichkeit neue Erkenntnisse aus Akten liefern, die Anzahl der Puzzleteile durch mühsames Nachhaken, Nachforschen und Fragen erhöhen. Dennoch: Was bewirkt ein Ausschuss, wenn dabei am Ende doch nur wieder die Optimierung der bundesdeutschen „Sicherheitsarchitektur« heraus kommt? Wie soll das Schweigekartell der Dienste, das Schauspiel von »es ist mir nicht erinnerlich« und »dafür war ich nicht zuständig« gebrochen werden, so lange die Beteiligten damit ohne jegliche Konsequenz durchkommen?

Wir sehen fast tagtäglich, dass Beamt\_innen entweder ein rechtes Motiv nicht erkennen (wollen) oder rechtsterroristische Tendenzen verharmlosen. Rassismus ist Teil der Gesellschaft und hat über Institutionen und Polizeiarbeit eine besondere Macht. In Zeiten von PEGIDA und rassistischer Mobilisierungen allerorten ist es fatal, Rassismus weiterhin aus der Gesellschaft zu externalisieren und nur bei Nazis zu sehen. Die Übertragung einer Analyse der 1990er Jahre und den Zuständen in den deutschen Behörden in die heutige Zeit können wir allerdings nicht von einem Ausschuss erwarten, dessen Gros aus Ex-Polizisten und Juristen besteht.

Der neue Vorsitzende Clemens Binninger (CDU) hat zudem in den letzten Monaten deutlich gemacht, wo er politisch steht: rechts von Angela Merkel, wo es um das Grundrecht auf Asyl und die offenen Grenzen geht. Er gehört zur innerparteilichen Opposition: »Deshalb werden wir nicht umhin kommen, wirksame Kontrollen an den deutschen Außengrenzen durchzuführen und auch Asylbewerber zurückzuweisen«, sagte Binninger schon Anfang Oktober der F.A.S.

Würde Institutioneller Rassismus als Problem anerkannt, könnten die Fehler in den Ermittlungen gegen die Opfer sich nicht so leicht wiederholen, denn es könnten Instrumente in die Behördenabläufe eingebaut werden, die die per se angenommene Voreingenommenheit der Beamt\_innen hinterfragen und aufbrechen. Würden die Geheimdienste als Teil des Problems des Rechtsterrorismus erkannt, dann müsste für die Parlamentarier\_innen eine »Sicherheitsarchitektur« ohne Geheimdienste denkbar und erstrebenswert sein. Die Erfassung der bundesdeutschen rassistischen Realität, in der neonazistische Strukturen, bewaffneter Rassismus und strukturell rassistische Ermittlungsbehörden sich im Ergebnis gegenseitig stärken und einen NSU ermöglichten, das müsste Ziel eines neuen Ausschusses sein.

Trotzdem ist es wichtig, auch dem neuen Untersuchungsausschuss auf die Finger zu schauen, die Arbeit der Parlamentarier\_innen zu dokumentieren und kritisch zu bewerten. Denn ohne gesellschaftlichen Druck wird es auch zukünftig keine Aufklärung geben. Auch den neuen Ausschuss wird NSU-Watch daher begleiten, die Sitzungen kritisch dokumentieren und seine Arbeit transparent machen. Die erste inhaltliche Sitzung ist für den 17.12 ab 11 Uhr geplant, generell wird donnerstags und öffentlich getagt.

Eike Sanders und Felix Hansen

## Rezension

# »Einsamer Wolf« oder »Einzeltäter«?

## Eine unvollständige Übersicht



Seit dem Bekanntwerden des NATIONALSOZIALISTISCHEN UNTERGRUND (NSU) wird in Wissenschaft, Politik und Medien zunehmend diskutiert, an welchen Konzepten sich der moderne Neonazi-Terrorismus orientiert. Die Bildung von Zellen und der sogenannte »führerlose Widerstand« (leaderless resistance) waren daher im Monitor bereits öfter ein Thema.<sup>1</sup> Auch die Rolle des sogenannten Lone Wolf-Terrorismus wird wieder verstärkt diskutiert, weil dieser Form des Terrors eine immer größere Rolle auf Seiten der extremen Rechten zukommt. Der jüngste Mordanschlag auf die CDU-Politikerin Henriette Reker<sup>2</sup> und die Taten des Anders Breivik sind dafür Belege.

Insgesamt ist der Diskurs im englischsprachigen Raum dem deutschen um viele Jahre voraus. Die Frage, woher sich ein Terrorismus speist, der sich im eigenen Land entwickelt hat, also als »domestic« oder »homegrown« bezeichnet wird, wurde in den USA seit dem verheerenden Attentat von Oklahoma City 1995 diskutiert und erforscht. Die islamistischen Anschläge vom 11. September 2001 haben die Gefahr dieses extrem rechten, »homegrown« Terrors in den Hintergrund gedrängt und zeitweilig beendet.

Mehrere Studien warnen erneut vor der wachsenden Gefahr der Gewalt durch die extreme Rechte. Statistiken bestätigen diese Warnung und zeigen, dass es im Schnitt rund zehn Todesopfer pro Jahr<sup>3</sup> durch Lone Wolves gegeben hat. Gemeinsam ist den Studien die Defi-

nition: es handelt sich bei Lone Wolf-Terrorismus um politische Gewalt, die durch einen einzelnen Täter ausgeübt wird, der individuell vorgeht, eine politische Überzeugung hat, nicht einer organisierten Terrorgruppe angehört und ohne einen direkten Befehl oder direkte Führung von außen operiert und auch seine Ziele und Taktik sowie Propaganda eigenmächtig bestimmt.<sup>4</sup>

Ein schwieriger Punkt der Diskussion ist die Frage der Abgrenzung, die zwischen einem ideologischen Einzeltäter und einer ihn inspirierenden Gruppe oder Ideologie besteht. Die empfehlenswerte Studie des Southern Poverty Law Centers (SPLC) behandelt daher sowohl Lone Wolf-Terroristen als auch anderen Leaderless Resistance-Terrorismus. Schwierig ist für uns, dass sogenannte Jihadisten auch untersucht werden, sie werden allerdings, anders als im deutschen Diskurs, nicht als ausländische Terroristen definiert, wenn sie aus dem US-amerikanischen Kontext kommen, sondern eindeutig als »domestic« Terroristen.

Besonders interessant in der SPLC-Studie ist ein Interview mit Joe Navarra, einem ehemaligen FBI-Agent, der einen Blick auf die psychologischen Muster der Lone Wolf Terroristen wirft – ein Aspekt der im deutschen Diskurs mit der Frage nach der Zurechnungsfähigkeit des Täters oft in ein dichotomes Schema verfällt: Auf der einen Seite stehen Versuche, den einzelnen Täter zu pathologisieren und damit die Taten zu entpolitisieren. Der »Einzeltäter«

wird aufgrund seiner selbst gewählten sozialen Isolation als psychisch gestört apostrophiert und mithin schuldunfähig erklärt; ein Versuch, der bei BREIVIK erfolgreich verhindert werden konnte.

Auf der anderen Seite steht die Suche nach dem Befehlsgeber. Beispiele der letzten Jahre machen aber deutlich, dass sich ein Lone Wolf-Terrorist zu recht einer Bewegung zugehörig fühlen kann, ohne im klassischen Sinne in ihr organisiert zu sein. Wie das SPLC zurecht hinweist, nimmt dadurch der Einfluss von den radikalen, terroraffinen Milieus aber nicht ab. Militante Neonazis, fundamentalistische Glaubenskrieger, »Abtreibungsgegner« und andere stellen die notwendige Ideologie bereit, die Lone Wolves und andere motiviert. Inwieweit aber nicht nur Ideologie, sondern auch konkrete Handlungsanweisungen, Bombenbauanleitungen und eben Konzepte des bewaffneten Kampfes durch Gruppen und Einzelpersonen die terroristische Tat angeleitet haben, das zu erfassen, dazu kann die Analysekategorie beitragen ohne zu entpolitisieren.

**Eike Sanders und Ulli Jentsch**

Southern Poverty Law Center: Age of the Wolf. A Study on the Rise of Lone Wolf and Leaderless Resistance Terrorism. Montgomery (USA) 2015.

Mark Hamm / Ramon Spaaj: Lone Wolf Terrorism in America: Using Knowledge of Radicalization Pathways to Forge Prevention Strategies. Indiana State University 2015

Hartleb, Dr. Florian: Der Einsame-Wolf Terrorist. Eine neue Herausforderung für die innere Sicherheit. In: Die Kriminalpolizei Nr. 1 2013, S. 4-12

1 Vgl. die Ausgaben Nr. 69 (Mai 2015), Nr. 66 (Oktober 2014), Nr. 62 (Dezember 2013).

2 Zum Täter siehe [www.lotta-magazin.de/ausgabe/online/attentat-auf-henriette-reker-war-eine-rechtsterroristische-tat](http://www.lotta-magazin.de/ausgabe/online/attentat-auf-henriette-reker-war-eine-rechtsterroristische-tat).

3 Die Differenzen resultieren aus unterschiedlichen Zählmethoden, vgl. SPLC 2015, S.9-10.

4 Vgl. Mark Hamm / Ramon Spaaj 2015, S.3.



# Kurzmeldungen

## Denier Carto dead

**Virginia (USA)** • WILLIS A. CARTO, ein auch in Deutschland bekannter Holocaust-Leugner, ist Ende Oktober 2015 im Alter von 89 Jahren gestorben. Carto konnte auf eine 60-jährige Karriere in der US-amerikanischen extremen Rechten zurück blicken. »Carto war einer der aktivsten und einflussreichsten weißen Nationalisten im vergangenen Jahrhundert. Er hinterlässt ein Vermächtnis von widerwärtigem rassistischen Hass, vor allem gegen Juden«, so das Southern Poverty Law Center in einem Nachruf. Unter anderem gründete Carto 1978 das INSTITUTE FOR HISTORICAL REVIEW (IHR), ein Zentrum der offenen Holocaust-Leugnung, das auch Bedeutung im europäischen und deutschsprachigen Raum gewann. JÜRGEN GRAF (CH), GERMAR RUDOLF, WILHELM STÄGLICH und OTTO ERNST REMER waren Gäste oder Autoren für das IHR. In dem angeschlossenen NOONTIDE PRESS VERLAG erschienen Werke wie MEIN KAMPF, DIE PROTOKOLLE DER WEISEN VON ZION aber auch die TURNER DIARIES. Carto war als offener Bewunderer Adolf Hitlers bekannt, von dem er mehrere Bronzestatuen in seinem Büro präsentierte.

## CDU'ler Büge in Wien ausgezeichnet

**Wien (A)** • Der frühere Staatssekretär Michael Büge, Rechtsausen der Berliner CDU, wurde in Wien vom Dinghofer-Institut ausgezeichnet. Er erhielt eine Medaille für »Verdienste um die Demokratie«, berichteten Medien der extrem rechten FREIHEITLICHEN PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ). Passenderweise wurde die Laudatio zu Ehren Büges von dem Chefredakteur der JUNGEN FREIHEIT, DIETER STEIN, gehalten. Er habe, so die Medienberichte, »Büges Charakter und Standhaftigkeit« hervorgehoben. Präsident des Dinghofer-Instituts ist der frühere FPÖ-Nationalratspräsident Martin Graf. Das Institut erinnert an Franz Dinghofer, der 1918 die Republik Deutsch-Österreich ausrief.

## Kleine Anfrage aufgrund einer apabiz-Studie

**Berlin** • Bereits Ende September veröffentlichte das apabiz eine Studie über die Schwierigkeiten bei der Erfassung extrem rechter Straftaten gegen Unterkünfte von Geflüchteten (siehe monitor Nr. 71). Aufgrund der dort aufgezeigten Diskrepanzen zwischen den offiziellen Zahlen und den teilweise von unabhängigen Beobachtungsstellen erfassten Daten stellte die Fraktion DIE LINKE eine Kleine Anfrage im Bundestag, die inzwischen vom Bundesinnenministerium beantwortet wurde (Drucksache 18/6477 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/066/1806655.pdf>). Die Kriterien der Erfassung bleiben, wenig überraschend, nach wie vor strittig. Nur wenige der von uns angeführten Streitfälle konnten abschließend geklärt werden.

## Bildungsrouten gegen Nazis erfolgreich

**Berlin** • Fünf Tage intensive Arbeit können sich sehen lassen: Im unserem Seminar BILDUNGSROUTEN gegen Nazis, das wir Mitte November zusammen mit dem DGB Bildungswerk, Mediale Pfade und der MBR Berlin durchgeführt haben, sind tolle Ideen und erste kleine Projekte entstanden. Mit Tablet und Smartphone in der Hand sind die Teilnehmenden los gezogen und haben Bildungsrouten zum Thema Flucht und Asyl, neonazistischer Symbolik und antifaschistischer Intervention entwickelt. Großartig! Für alle, die nicht dabei waren, gibt es einen Trost: Auf dem Blog <http://blog.forum-politischebildung.de/app/> haben wir unsere Arbeit dokumentiert.

## NPD am 9. November vor dem Brandenburger Tor

**Berlin** • Weitestgehend unbeachtet von Medien und Öffentlichkeit hat die NPD am 9. November direkt vor dem Brandenburger Tor eine Kundgebung



abhalten dürfen. Fernab jeglichen Geschichtsbewusstseins ließ die Polizei es zu, dass die NPD an diesem historischen Datum eine Kundgebung mit etwa 20 Teilnehmenden in Sichtweite zum Holocaust-Mahnmal durchführen konnte. Die Anmeldung der Veranstaltung wurde seitens der Polizei erst kurzfristig und nur auf journalistische Nachfrage bekanntgegeben. Gegenproteste wurden damit stark erschwert und fanden auch nur in sehr kleinem Maße statt. Die Berliner Versammlungsbehörde verfolgt seit Jahren die Praxis, extrem rechte Versammlungen nicht im Vorfeld bekannt zu geben. Am gleichen Abend zogen 120 TeilnehmerInnen des rassistischen BÄRGI-DA-Aufmarsches durch Berlin-Mitte und Prenzlauer Berg. Die Route ging vorbei an der Synagoge in der Rykestraße, die 77 Jahre zuvor, am 9. November 1938, geplündert und geschändet worden war. Eine Sitzblockade von 20 Personen wurde sofort geräumt. Dass es auch anders geht, wenn der politische Wille da ist, zeigt ein Blick nach München. Dort protestierten über 3.000 Menschen inklusive des Oberbürgermeisters gegen einen örtlichen PEGIDA-Aufmarsch, nachdem die Stadt gerichtlich damit gescheitert war, die Versammlung zu verbieten.

**Bildungsrouten gegen Nazis**  
(CC BY 4.0 by Guido Brombach)



## Abonnieren...

...kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bzw. die bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

### ► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

### ► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

### ► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem apabiz e.v. eine Einzugsermächtigung über monatlich \_\_\_\_\_ Euro (mind. 5 Euro).

### ► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet. einmalig \_\_\_\_\_ Euro überwiesen.

Kontonummer: \_\_\_\_\_

Bank und BLZ: \_\_\_\_\_

Name/Organisation: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

e-mail: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden\_innen erhalten diese 1x jährlich)

# Neu im Archiv

**Medien geben, die im Archiv neu eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.**

- **Charlie Kaufhold: *In guter Gesellschaft? Geschlecht, Schuld & Abwehr in der Berichterstattung über Beate Zschäpe*, edition assemblage, Münster, 2015.** Durch die vergeschlechtlichte Berichterstattung über Beate Zschäpe ergibt sich die Möglichkeit, sich nicht mit eigenen (rassistischen) Strukturen beschäftigen zu müssen. Anhand von drei Kapiteln zeigt Charlie Kaufhold auf, wie das funktioniert. Kapitel eins erklärt das »Wie?«. Anhand sehr vieler Beispiele aus der Berichterstattung wird der gleichermaßen dämonisierenden wie bagatellisierenden Feminisierung nachgegangen. Im zweiten Kapitel »Welche Effekte?« ist Schuld das zentrale Thema, dem die Autorin nachgeht. Schließlich geht es im dritten Kapitel um das »Warum?«. Wie lassen sich nun die Darstellungsweisen von Zschäpe historisch und politisch einordnen? Parallelen zur Berichterstattung bei Prozessen gegen KZ-Aufseherinnen in der Nachkriegszeit werden aufgezeigt. Ein Fazit entgegen der weitverbreiteten Dämonisierung lautet: »Rechtsextreme Frauen als das zu sehen und darzustellen was sie sind: mutmaßlich rassistische, menschenverachtende Täterinnen.«

- **Wolfgang Schorlau: *Die Schützende Hand, Denglers achter Fall, Kiepenheuer&Witsch, Köln 2015.***

In den vergangenen Kriminalfällen wandte sich der Privatermittler Goerg Dengler immer wieder politisch brisanten Themen, wie dem Anschlag auf das Oktoberfest vom 1980 oder kriminellen Machenschaften der Pharmaindustrie, zu. Auf einer breiten, realistischen Faktengrundlage werden diese Themen in der Krimireihe fesselnd und fundiert präsentiert. In dem neuesten Fall geht es um den NSU und die Verstrickungen von Staat und Behörden. Der Autor steigt tief in die (teilweise echten) Ermittlungsakten ein, zitiert Presseberichte und geht zurück zu den rassistischen Pogromen Anfang der 1990er Jahre. Ein Krimi mit Fußnoten. Eine interessante Geschichte, die dennoch mit Vorsicht zu lesen ist. Verschwörungstheoretische Ansätze gibt es einige im Buch. Trotzdem lesenswert und eine andere Form sich mit dem Thema NSU zu beschäftigen.

- **Ernst Hillebrand (Hrsg.): *Rechtspopulismus in Europa - Gefahr für die Demokratie?*, Dietz Verlag, Bonn 2015.**

Der Sammelband behandelt die Ursachen und Folgen des erstarkenden europäischen Rechtspopulismus. Die Fallanalysen werden im Rahmen defizitärer nationaler und europäischer Politik der letzten Jahrzehnte diskutiert. Der Erfolg der Rechtspopulisten wird damit erklärt, dass Transnationalisie-

rungs- und Globalisierungsprozesse in den liberalen Demokratien zu Entfremdungsprozessen und fehlenden politischen Identitäten in der Bevölkerung geführt haben. Auch die damit im Zusammenhang stehende Zunahme ökonomischer und soziokultureller Unsicherheiten und die Auflösung der traditionellen Volksparteien bieten entscheidende Anhaltspunkte, um den Erfolg rechtspopulistischer Parteien nachvollziehen zu können. Die Autor\_innen plädieren insgesamt für ein Umdenken im Umgang mit Rechtspopulismus, der als Symptom fehlgeschlagener Politik verstanden werden muss, während bloße moralische Verurteilung lediglich mehr Nährboden für seinen Aufstieg schafft.

- **Axel Weipert (u.a.) (Hrsg.): *Historische Interventionen - Festschrift für Wolfgang Wippermann zum 70. Geburtstag*, Trafo, Berlin 2015.**

Der Berliner Historiker Wolfgang Wippermann war nicht nur an der »Goldhagen-Debatte« (1996) und der Diskussion um das »Schwarzbuch des Kommunismus« (1998) beteiligt und setzte dort besondere Akzente, sondern ist auch durch seine zahlreichen Veröffentlichungen in der Forschung zur Neuesten Geschichte präsent. Schwerpunkt seiner Arbeit an der Freien Universität Berlin ist neben Faschismus und Antisemitismus auch schon frühzeitig der Antiziganismus gewesen. Aber auch das Buch »Die Deutschen und ihre Hunde« gehört zu seiner Publikationsliste. Die Festschrift für Wolfgang Wippermann spiegelt natürlich dieses weitreichende Forschungsfeld anhand der Beiträge von den Autor\_innen wider – jedoch ohne neue Erkenntnisse zum Verhältnis des Deutschen zu seinem Lieblingshaustier.

## Das Info-Paket vom apabiz e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz e.v. kommen möchten, gibt es jetzt unser Info-Paket in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des *monitor* pro Ausgabe
- den **ReferentInnen-Katalog** inklusive Updates
- zwei Exemplare aller **neuen Publikationen** des apabiz e.v. (Broschüren, Handreichungen etc.)
- **Sonderkonditionen** bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!